

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Ulla Jelpke, Wolfgang Neskovic, Monika Knoche,  
weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 16/9143 –**

### **Keine Abschiebungen in das Kosovo**

#### **A. Problem**

Die Fraktion DIE LINKE. verweist auf die prekäre Sicherheitslage und die de-  
saströsen ökonomischen Zustände im Kosovo. Auch gebe es im Kosovo keine  
Institution, die den Schutz von Minderheiten effektiv gewährleisten könne. Des-  
halb bezweckt sie mit diesem Antrag, die Bundesregierung aufzufordern, sich  
gegenüber den Bundesländern für eine Aussetzung der Abschiebungen von  
Flüchtlingen aus dem Kosovo einzusetzen. Zudem wird eine dauerhafte Bleibe-  
rechtsregelung insbesondere für Roma aus dem Kosovo gefordert.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/  
CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

#### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

#### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/9143 abzulehnen.

Berlin, den 3. Dezember 2008

### **Der Innenausschuss**

**Sebastian Edathy**  
Vorsitzender

**Hans-Werner Kammer**  
Berichterstatter

**Rüdiger Veit**  
Berichterstatter

**Hartfrid Wolff (Rems-Murr)**  
Berichterstatter

**Ulla Jelpke**  
Berichterstatte

**Josef Philip Winkler**  
Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Hans-Werner Kammer, Rüdiger Veit, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Ulla Jelpke und Josef Philip Winkler

### I. Zum Verfahren

#### 1. Überweisung

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf **Drucksache 16/9143** wurde in der 172. Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. Juni 2008 an den Innenausschuss federführend sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

#### 2. Voten der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 76. Sitzung am 3. Dezember 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 73. Sitzung am 3. Dezember 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 74. Sitzung am 3. Dezember 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

#### 3. Beratungen im federführenden Ausschuss

Der Innenausschuss hat den Antrag in seiner 80. Sitzung am 3. Dezember 2008 abschließend beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

### II. Zur Begründung

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärt, der Antrag sei abzulehnen, da sich weder aus dem Asyllagebericht des Auswärtigen Amtes noch aus der gegenwärtigen Praxis der Bundesregierung Gründe ergäben, Abschiebungen von Flüchtlingen aus dem Kosovo generell auszusetzen. Die Sicherheitslage im Kosovo sei mit Ausnahme des Nordens seit der Unabhängigkeitserklärung weitgehend stabil. Hinsichtlich der ethnischen Gruppe der Roma sei zu erwähnen, dass gegenwärtig nur Täter, die eine besonders schwere Straftat begangen haben, abgeschoben würden. Auch eine ausnahmslose Einstellung von Widerrufern bezüglich gewährter Asyl- und Flüchtlingsanerkennungen von Flüchtlingen aus dem Kosovo sei nicht erforderlich. Es werde bereits eine sehr verantwort-

ungsvolle Rückführungspolitik betrieben, in deren Rahmen jeder Einzelfall sorgfältig geprüft werde.

Die **Fraktion der SPD** hält es für richtig, dass man sich mit den nationalen Gegebenheiten und aktuellen Entwicklungen im Kosovo sowie mit den Minderheiten, denen Abschiebung droht, befasse. Es gebe jedoch momentan keine Veranlassung, für einen allgemeinen Abschiebestopp einzutreten, da die Bundesländer und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sorgfältig und differenziert mit der Thematik der Rückführung umgingen. Sofern sich die Sicherheitslage negativ entwickle, seien selbstverständlich weitere Maßnahmen zu ergreifen bzw. erneut entsprechende Anträge zu stellen.

Die **Fraktion der FDP** betont, dass man das Mittel des Abschiebestopps nicht inflationär gebrauchen solle, sondern es lediglich als Ultima Ratio Anwendung finden dürfe. Es sei davon auszugehen, dass die Bundesregierung das Thema derzeit mit der notwendigen Sensibilität behandle und die Einzelfälle sorgfältig prüfe. Schließlich zweifle man auch nicht an der Richtigkeit der Ausführungen des Bundesministeriums des Innern. Daher sei der Antrag abzulehnen. Die Fraktion der FDP werde jedoch die weitere Entwicklung der Lage im Kosovo sowie das Verhalten der Bundesregierung genau beobachten und behalte sich vor, gegebenenfalls ihre Positionierung bezüglich dieser Frage zu ändern.

Die **Fraktion DIE LINKE.** verweist auf die Begründung ihres Antrags und hebt nochmals hervor, dass sowohl ein Abschiebestopp als auch die Anweisung an das BAMF, keine weiteren Widerrufsverfahren durchzuführen, absolut notwendig seien. Darüber hinaus müssten Flüchtlinge, die lange Zeit in der Bundesrepublik Deutschland lebten, auch ein Bleiberecht erhalten. Stellungnahmen von PRO ASYL und diversen Roma-Initiativen wiesen auf katastrophale Zustände der Aufnahmelager im Kosovo sowie auf eine untragbare Behandlung insbesondere der Roma hin. Bedenklich sei zudem die hohe Zahl der Widerrufsverfahren, von denen aktuell auch 70 Prozent zu einem Widerruf des Asylrechts führten. Dies deute auf die Vorbereitung einer Massenabschiebung hin.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** schließt sich den Forderungen der Antragsteller vollumfänglich an. Sie halte die Abschiebung von Angehörigen ethnischer Minderheiten aus Deutschland für ein potentes Risiko der Destabilisierung, da im Kosovo nach wie vor keine hinreichenden Aufnahme- und Integrationskapazitäten für Minderheiten sowie kranke oder mittellose Rückkehrer vorhanden seien. Auch fehle es an einer ausreichenden Unterstützung dieser Personengruppen durch die kosovarische Regierung. Schließlich sei einem Bericht der International Crisis Group zufolge die Sicherheitslage im Kosovo weiterhin fragil und für ethnische Minderheiten unvorhersehbar.

Berlin, den 3. Dezember 2008

**Hans-Werner Kammer**  
Berichtersteller

**Rüdiger Veit**  
Berichtersteller

**Hartfrid Wolff (Rems-Murr)**  
Berichtersteller

**Ulla Jelpke**  
Berichterstellerin

**Josef Philip Winkler**  
Berichtersteller

